

1. Einleitung

Wird gegenwärtig in Öffentlichkeit und Politikwissenschaft über Demokratie gesprochen, so wird darunter für gewöhnlich eine Staats- und Lebensform verstanden, die höchste politische Legitimität genießt, da sie verschiedene Formen der Freiheit und Gleichheit schützt, indem sich auf das Volk als politische Macht- oder Legitimationsquelle bezogen wird. Dabei wird etwa das Prinzip der Volkssouveränität herangezogen. Die vage Definition der modernen Form dessen, was heute als *Demokratie*¹ definiert wird, wird in Lexika häufig folgendermaßen spezifiziert: »Genauer wird zwischen repräsentativer Demokratie (in der gewählte Abgeordnete das Volk »in seiner Gesamtheit vertreten«) und direkter Demokratie [...] unterschieden.«² In der Regel ist die sogenannte repräsentative Variante so institutionalisiert, dass das Volk selbst nicht unmittelbar Macht oder Herrschaft ausübt. Dies wird zudem dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit unterworfen, und die Machtausübung ist durch eine horizontale Gewaltenteilung charakterisiert.³ Während die Form der »direkten Demokratie« das unmittelbare abwechselnde Regieren und Regiertwerden und die kollektive Selbstbestimmung meint, kann die »repräsentative Demokratie« diese Gleichsetzung und Gleichheit nicht für sich beanspruchen.⁴

1 Ein Hinweis zur Kursivierung: Fremdsprachige Begriffe im Fließtext und Termini, die begriffsgeschichtlich und semantisch untersucht werden, werden kursiviert. Das bedeutet im Falle der »Demokratie«, dass wenn von der Staats- oder Lebensform die Rede ist, das Wort nicht kursiviert wird; wenn hingegen die Demokratie als Begriff gemeint ist, dann schon.

2 Zit. Schubert, Klaus/Klein, Martina: Das Politiklexikon, Bonn ⁷2018, <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17321/demokratie> (Abgerufen am: 11.04.2020).

3 Vgl. Ibid.

4 Vgl. Lenk, Kurt: Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Grundpositionen einer Kontroverse, Stuttgart et al. 1972, S. 11-14. Hin und wieder ist auch die Rede von einer *Identität von Herrschenden und Beherrschten*, wie sie Carl Schmitt geprägt hat, jedoch ohne von dieser Definition die »repräsentative Demokratie« auszuschließen, da das Volk sonst handlungsunfähig sei (vgl. Schmitt, Carl: Verfassungslehre, Berlin ⁸1989, S. 234f.). Man kann unterstellen, dass es sich um einen semantischen Missbrauch von Aristoteles und Jean-Jacques Rousseau durch Schmitt handelt (vgl. Thiele, Ulrich: Die politischen Ideen. Von der Antike bis zur Gegenwart, Wiesbaden 2008, S. 57). Etwa geht es bei der direkten Demokratie nicht um eine völkische Identität, sondern um eine unmittelbare Selbstregierung.

Was in politischen (und meist auch wissenschaftlichen) Diskursen als Demokratie akzeptiert wird, offenbart eine Bandbreite verschiedener, oft einander gar widersprechender Systemtypen, die durch allerlei Attribute spezifiziert werden, wie *repräsentativ*, *modern*, *liberal*, *sozialistisch*, *radikal*, *direkt*, *defekt* und *robust*. Diese Spielarten haben aber – außer dem Namen und einem sehr unterschiedlichen Bezug zum Volk als Machtquelle – nur wenig gemeinsam. Daher ist es begrifflich und systematisch fraglich, ob der jeweils verwendete Demokratiebegriff überhaupt adäquat ist. Diese Hypothese findet ein bestätigendes Indiz in der normativen Kraft des Terminus *Demokratie*. Sie zeigt sich dadurch, dass sich seit Mitte des 20. Jahrhunderts diverse Staaten als Demokratie bezeichnen (auch solche, die nach dem Standard der »repräsentativen Demokratie« als autoritär oder diktatorisch gelten), um das jeweilige System sprachlich zu legitimieren. Doch wie kommt es, dass dem Demokratiebegriff inzwischen eine solche normative Kraft innewohnt und er positive Konnotationen hat? Und was ist Demokratie eigentlich? Gibt es die *eine* richtige Demokratie? Ein oberflächlicher historischer Blick genügt, um zu bemerken, dass die *Demokratie* als Begriff nicht immer positiv besetzt war. Im klassischen Athen – als »Wiege der Demokratie« – verstand man zudem unter dem Begriff *Demokratie* die direkte Partizipation und Machtausübung eines Volkes in einem Stadtstaat und nicht etwas wie die Delegierung von Macht an gewählte Repräsentant*innen⁵, die für das Volk an seiner Stelle politisch handeln. In der Tat würde ein Bürger des klassischen Athens – in einem kontrafaktischen Gedankenexperiment mit »modernen Demokratien« konfrontiert – diese Systeme nicht als demokratisch einstufen, da die politische Macht wesentlich bei Parlamenten und anderen politischen Eliten, aber nicht beim *demos* liegt. In Athen wurde der Demokratiebegriff zunächst pejorativ als negativer Kampfbegriff genutzt, wie auch in der frühen Moderne. Die aufgeworfenen Fragen führen mich im Folgenden zu der Hypothese, dass es fragwürdig ist, dass meist als »moderne Demokratien« verstandene Systeme in demselben Sinne und Grad als demokratisch gelten können wie die Demokratie Athens. Und woher kommt die positive Bewertung der »modernen Demokratie«, wenn der Demokratiebegriff einst meistens negativ betrachtet wurde? Die Aufwertung des Begriffs und der Wandel von der klassischen zur repräsentativen Demokratie lassen sich am besten ideen- und begriffsgeschichtlich untersuchen. Diese ideengeschichtlichen Transformationen bezeichne ich als den *doppelten Wandel der Demokratie*.

5 Ein Hinweis zur sprachlichen Verwendung verschiedener sozialer oder biologischer Geschlechter: Werden politische Personen oder Gruppen im Kontext des 18. und 19. Jahrhunderts beschrieben, einer Epoche, die meist nur ein Männerwahlrecht kannte, wird auf die Nennung anderer Geschlechter als das männliche verzichtet, da alles andere anachronistisch wäre. Werden Personengruppen in der Gegenwart oder aus einer abstrakten, systematischen Perspektive genannt, werden auch andere Geschlechter sprachlich sichtbar gemacht.

1.1 Die beiden Hauptthesen

Das herkömmliche Narrativ der Demokratiegeschichte besagt, dass der normative und semantische Durchbruch der »modernen Demokratie« als repräsentatives System auf das 19. Jahrhundert zu datieren ist. Denn die breite Durchführung von und Forderung nach einem allgemeinen Wahlrecht und politischer Gleichheit, so Pierre Rosanvallon, hat sich als demokratische Norm ab 1830 durchgesetzt. In den bürgerlichen Revolutionen des 18. Jahrhunderts in Amerika und Frankreich sei der Begriff dagegen als Bedrohung verstanden worden.⁶ Die Revolutionen seien unbestimmt gewesen; das Mehrheitsprinzip habe mit demjenigen der Einstimmigkeit konkurriert. Zahlreiche Ideenhistoriker*innen meinen, der Demokratiebegriff und eine mehr als virtuelle Volkssouveränität seien in den Revolutionen als negativer Kampfbegriff verwendet worden, von wenigen Ausnahmen, die in den revolutionären Diskursen unterlegen gewesen seien, abgesehen.⁷ Jedoch beachtet ein Teil der Demokratiehistoriker*innen (wie Rosanvallon) dazu fast ausschließlich die Gewinner der revolutionären politischen Diskurse, weshalb sich diese Position ideengeschichtlich relativieren lässt. Denn wenn man die Debatten um die Revolutionen und ihre Folgen in Europa und Nordamerika abermals untersucht, nämlich im Hinblick darauf, wann und wie sich die Demokratie zu einer positiven Norm entwickelt hat und inwiefern sie mit den modernen Prinzipien der Repräsentation, der Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit kombiniert wird, dürfen nicht nur die Gewinner der Revolutionen beachtet werden, sondern es muss die Vielschichtigkeit der revolutionären Debatten Aufmerksamkeit erhalten.⁸ Die Geschichtsschreibung darf für beide Themen (die begrifflich-normative Aufwertung und den inhaltlich-konzeptuellen Wandel) nicht allein diejenige der Gewinner sein, sondern auch derjenigen, die sich in Diskursen nicht oder nur teilweise durchsetzen konnten, aber die politische Tradition und Theorie nachhaltig beeinflusst haben.

Der dominante, umstrittene und neuinterpretierte politische Terminus während der Revolutionen in Amerika und Frankreich Ende des 18. Jahrhunderts war zweifellos zunächst jener der *Republik*. Dieser Begriff umfasste Debatten und Entscheidungen, die das Gemeinwesen betreffen. Damit stand er diametral zur Monarchie und war mit dem Prinzip der Volkssouveränität verbunden. Spätestens seit der Amerikanischen Revolution war die *Republik* ein Begriff, um dessen Deutungshoheit konkurriert wurde.⁹

6 Vgl. Rosanvallon, Pierre: Die Gesellschaft der Gleichen, übersetzt von Halfbrodt, Michael, Hamburg 2013, S. 89f.; ders.: Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe, übersetzt von Laugstein, Thomas, Hamburg 2010, S. 17–51.

7 Vgl. etwa Pocock, J. G. A.: The Machiavellian Moment. Florentine Political Thought and the Atlantic Republican Tradition, Princeton et al. 1975; Rahe, Paul A.: Republics – Ancient and Modern, Chapel Hill/London 1992; Roberts, Jennifer T.: Athens on Trial. The Antidemocratic Tradition in Western Thought, Princeton 1994.

8 Es gibt auch politische Theoretiker*innen und Ideenhistoriker*innen, die in Bezug auf Begriffe wie *Demokratie* und *Republik* im Diskurs unterlegene Denker behandeln und die Synchronität der Diskurse bezweifeln, etwa Manin, Bernard: Kritik der repräsentativen Demokratie, übersetzt von Petzer, Tatjana, Berlin 2007.

9 Vgl. Arendt, Hannah: Über die Revolution, München 1965, S. 170f.; Koselleck, Reinhart et al.: Demokratie, in: Koselleck, Reinhart/Brunner, Otto/Conze, Werner (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 821–

Dabei gab es zwei maßgebende Strömungen des revolutionären Republikanismus: Eine Strömung interpretiert die Republik als eher demokratisch, verwendet die Begriffe *Demokratie* und *Republik* oft synonym, mal explizit, mal implizit (durch ihre egalitäre oder partizipatorische Definition der Republik); die andere Strömung dagegen grenzt sich explizit von der Demokratie ab und präferiert aristokratische Elemente der Vormacht der wenigen Besten.¹⁰ Damit ist im 18. Jahrhundert die Deutung der *Republik* mit der Auseinandersetzung um die Demokratie verbunden, da sich am Republikanismus der jeweiligen Akteure deren Position zur Demokratie zeigt. Denn *Demokratie* ist mit den Revolutionen als Begriff aus der Gelehrtensprache in die Öffentlichkeit als umstrittener Begriff gelangt, sowohl in der positiven Bewertung des demokratischen Republikanismus als auch in der negativen Deutung als entartete Staatsform. Insofern trat die Demokratie als Ergänzung oder als Konkurrenzmodell zur Republik auf. Dabei nahm die Demokratie einen Bedeutungsgehalt ein, der über die bloße Staatsform hinausging und allgemeine soziale Werte aufnahm, sodass auch die Zuschreibungen *Demokrat* oder *Aristokrat* als wertende Parteinahme (ob positiv oder negativ) benutzt wurden.¹¹ Zu untersuchen bleibt, ob egalitäre Republikaner den Republikbegriff eher als den Demokratiebegriff nutzen, falls für sie, wie Francis Dupuis-Déri meint, *Republik* das positive Pendant zur *Demokratie* (als despotische, anarchische Regierungsform) gewesen sei.¹²

Dabei wurde nicht nur der Republikanismus reinkarniert und einer modernen Transformation unterzogen, sondern auch die Demokratie. Denn einige zeitgenössische politische Denker haben bereits eine demokratischere Sprache und Rhetorik an den Tag gelegt.¹³ Durch die Verwendung des Terminus *Republik* und seiner Positionierung für oder gegen die *Demokratie* als Begriff oder Konzept wurde die Idee der »modernen Demokratie« schon im 18. Jahrhundert ein elementarer Bestandteil politischer Diskurse. Damit geht eine positivere Besetzung des Demokratiebegriffs einher. Denn die semantische und konzeptuelle Trennung von *Republik* und *Demokratie* (vertreten von aristokratischeren Republikanern) konnte sich Ende jenes Jahrhunderts nicht mehr umfänglich durchsetzen. Die entscheidenden demokratietheoretischen Begriffe und das moderne Repräsentationssystem (samt Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit) sind also im 18. Jahrhundert entstanden.¹⁴

899, hier: S. 850. Obgleich mit dem modernen Republikanismus eine begrenzte Volkssouveränität mit positiven Begriffen konnotiert wurde, mieden zeitgenössische Theoretiker noch häufig die *Demokratie* als Kampfbegriff gegen alte Mächte und unterschieden die klassische Demokratie von der repräsentativen Republik – und später der »repräsentativen Demokratie« – in einem heterogenen Großstaat, in dem sich die Bürgerschaft nicht politisch versammeln könne.

10 Vgl. Jörke, Dirk: Die Größe der Demokratie. Über die räumliche Dimension von Herrschaft und Partizipation, Berlin 2019, S. 28f.

11 Vgl. Koselleck et al.: Demokratie, S. 847f./854-858.

12 Vgl. Dupuis-Déri, Francis: The Political Power of Words: The Birth of Pro-Democratic Discourse in the Nineteenth Century in the United States and France, in: Political Studies (52/2004), S. 118-134, hier: S. 120-122.

13 Vgl. Robertson, Andrew W.: The Language of Democracy. Political Rhetoric in the United States and Britain, 1790-1900, Charlottesville/London 2005, S. 1-9.

14 Vgl. Levin, Michael: The Spectre of Democracy, London/Houndmills 1992, S. 3-5.

Die erste Forschungshypothese besagt daher, dass das politik- und geschichtswissenschaftliche Narrativ des Durchbruchs der Republik im 18. und der Demokratie im 19. Jahrhundert nicht in toto zu widerlegen¹⁵, aber zu relativieren ist. Durch die sich weiterentwickelnden politiktheoretischen Debatten in Amerika und Europa Ende des 18. Jahrhunderts – besonders durch das revolutionäre Denken in Amerika und Frankreich – wurde der Begriff *Demokratie* bereits zu diesem Zeitpunkt sukzessive positiv aufgeladen.

Daraus ergibt sich der zweite Grund, die revolutionären Debatten des späten 18. Jahrhunderts als Zeit der Transformation des Demokratiekonzepts in seiner repräsentativen Form zu untersuchen. Denn heute weist die Demokratie eben diverse Spezifizierungen und große Ambiguitäten auf. Dies führt oft in Politikwissenschaft und Philosophie dazu, dem Demokratiebegriff keinen Bedeutungsgehalt mehr dauerhaft einzuschreiben.¹⁶ Auch wenn für die vorliegende Studie der ursprüngliche, also eigentliche Kern des Konzepts *Demokratie* gefunden werden soll, kann nicht bestritten werden, dass der Begriff diskursiv-historisch eine Wandlung in Form seiner Umdeutung vollzieht und somit im politischen Diskurs zumindest umstritten ist. Daher haben sich verschiedene Varianten »demokratischer Gesellschaftsformen« entwickelt. Dabei bezweifle ich aber, dass diese vielen Formen alle Allgemeingültigkeit beanspruchen können oder zum Demokratiebegriff passen. Der Ursprung solcher Ambiguitäten in der Moderne liegt in der theoretischen Transformation von der klassischen zur »modernen Demokratie«. Daher wird im vorliegenden Werk dieser Wandel ideengeschichtlich untersucht – insbesondere, wieso das moderne Repräsentativsystem, das sich, wie zu beweisen ist, fundamental von der klassisch-griechischen Polisdemokratie unterscheidet, inzwischen als demokratisch gilt.

Dieser ideengeschichtliche Kontext der Debatten über die normative Bedeutung und Neuformulierung der Demokratie offenbart einen Widerspruch im Begriff der »repräsentativen Demokratie«; einen Widerspruch, der die politische Partizipation und verschiedene Formen von Gleichheit und Freiheit der Bürger*innen generell betrifft. Während in den Demokratien der griechischen *poleis* (wie Athen) im fünften und vierten vorchristlichen Jahrhundert die Bürger in persona in einer Volksversammlung politisch entschieden, wird in der modernen Transformation die Bürgerschaft von gewählten Abgeordneten politisch repräsentiert; die bürgerliche Handlungsmacht ist weitgehend auf den Wahlakt reduziert. Die Macht des Volkes besteht nun primär in der Repräsentant*innenwahl, statt darin selbst über politische Inhalte und das eigene Gemeinwesen

15 Denn eingestanden werden muss, dass im 18. Jahrhundert der Republikbegriff dominanter war, und die Idee des allgemeinen und gleichen Wahl- und Bürgerrechts nur an wenigen Stellen im politischen Diskurs präsent war.

16 Ein philosophisches Beispiel dafür, dass die Demokratie als beliebiger, offener und unbestimmbarer Begriff gesehen wird, liefert Derrida, Jacques: Schurken. Zwei Essays über die Vernunft, übersetzt von Brühmann, Horst, Frankfurt a.M. 2005, S. 45. Ein politiktheoretisches Beispiel ist Gallie, Walter B.: Essentially Contested Concepts, in: Proceedings of the Aristotelian Society, (56/1956), S. 167-198; vgl. auch Jörke, Dirk: Wie demokratisch sind radikale Demokratietheorien?, in: Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld 2006, S. 253-266, hier: S. 254-258.

zu bestimmen.¹⁷ Es handelt sich bei der »repräsentativen Demokratie« somit um die Kombination zweier theoretisch unvereinbarer Prinzipien: der egalitären Partizipation einerseits und der Rekrutierung einer politischen Elite per Wahlakt andererseits. Bernard Manin betont, dass die »repräsentative Republik« in ihrem Kern, etwa bei James Madison oder Emmanuel Joseph Sieyès, als expliziter Gegenentwurf zur Demokratie gedacht war. Anhänger der »repräsentativen Republik« haben diese als dezidiert anti- oder undemokratisch expliziert. Gleichwohl gelten die USA heute als erste moderne Demokratie – durch den Aufstieg der juristischen Gleichheit und des repräsentativen Republikanismus. So werden unterschiedliche Machtformen (die direkte Macht des Volkes und die Repräsentation, basierend auf einem inklusiven Wahlrecht, Gewaltenteilung und rechtlicher Gleichheit) mit demselben Begriff – der *Demokratie* – versehen.¹⁸ An Manins Forschungsergebnisse schließe ich an. Seine These impliziert eine Transformation der Republik zum repräsentativen Großstaat und eine Trennung von dieser modernen Republik aristokratischer Spielart und der klassischen Demokratie.

So lautet die zweite Forschungshypothese, dass moderne repräsentative Regierungen nicht als demokratisch klassifiziert werden können; stellen doch moderne Systeme mit den Elementen der Repräsentation und der aristokratischen Rekrutierung des Amtspersonals per Wahl keine Transformation oder Weiterentwicklung der ursprünglichen Demokratie dar, sondern vielmehr eine elitäre Alternative. Diese jedoch wurde erst als republikanisch und dann – auch durch den synonymen Gebrauch beider Termini – als demokratisch deklariert. Diese elitäre Variante bedeutet eine fundamentale Umdeutung der Demokratie im 18. Jahrhundert, welche mit dem aristokratischen Republikkonzept verbunden ist. Das aristokratische Konzept steht in gravierendem Widerspruch zur originären Demokratie.

Kurz gesagt, bedeutet diese These, *dass wir in keiner Demokratie leben*, in der die Bürgerschaft autonom und egalitär partizipieren würde, da der Begriff der »repräsentativen Demokratie« ein Oxymoron darstellt.¹⁹ Kombiniert ergeben die beiden Hypothesen Folgendes:

Die Demokratie wurde teilweise bereits im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, erstmals seit dem Untergang der antiken Demokratien begrifflich wieder positiv besetzt. Dies geht jedoch einher mit einer fundamentalen semantischen und systematischen Neukonzipierung von Demokratie zu einer repräsentativen Form, die aber als Gegenteil der ursprünglichen Demokratie des griechischen Stadtstaates gelten kann.

17 Vgl. Keane, John: *The Life and Death of Democracy*, London et al. 2009, S. 161f.

18 Vgl. Manin: *Kritik der repräsentativen Demokratie*, S. 7-14; vgl. auch Wood, Gordon S.: *Democracy and the American Revolution*, in: Dunn, John (Hg.): *Democracy. The unfinished Journey, 508 BC to AD 1993*, Oxford et al. 1992, S. 91-105, hier: S. 91f.

19 Etwa stellt Wolfgang Abendroth fest, dass von Demokratie nicht mehr die Rede sein kann, wenn das Volk auf die Befugnis beschränkt wird, unabhängige Repräsentant*innen auszuwählen, und nur Letztere daraufhin die politische Willensbildung vornehmen (vgl. Abendroth, Wolfgang: *Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme*, Pfullingen 1966).

Dies kommt zustande, da die Auffassung der »modernen Demokratie« vor allem auf den Konzepten und Theorien der Demokratiekritiker des 18. Jahrhunderts basiert, wohingegen die demokratische Sprache (und begriffliche Aufwertung) von demokratiefreundlicheren oder demokratischen Akteuren stammt.²⁰

Aktuell erscheint die ideengeschichtliche Untersuchung eines solchen doppelten Wandels des Demokratiekonzepts (sprachlich-normativ und politiktheoretisch-institutionell) im 18. Jahrhundert fruchtbar. Hierdurch kann erkennbar werden, dass der Demokratie zwar aus verschiedenen Gründen inzwischen ein hoher normativer Gehalt zugeschrieben wird, die »repräsentative Demokratie« aber kaum den Gehalt originär-demokratischer Versprechen (der Antike) erfüllen kann. Zudem, so Robert Dahl, durchläuft das Demokratiekonzept aktuell eine weitere (dritte) Transformation. Während sich im Zuge der bürgerlichen Revolutionen die »Demokratie« von der *Polis*-Demokratie zur repräsentativen Form im Nationalstaat wandelte, da eine zentrale Versammlungsdemokratie geographisch unmöglich ist, wandelt sich der Demokratiebegriff nun abermals – zur supranationalen oder globalen Demokratie.²¹ Dabei gesteht Dahl ein, dass mit jeder Transformation zu einer größeren politischen Einheit die bürgerschaftliche Partizipation (als entscheidendes Element der Demokratie) sinken muss, da ein enger Zusammenhang zwischen der Größe des Staates und dem Grad an Mitbestimmung besteht. Mit zunehmender Größe von Territorium und Population kommt es zur Minimierung demokratischer Macht. Auch wird es immer schwerer, solche Gebilde im Sinne einer demokratischen Gleichheit und Ähnlichkeit zu gestalten.²² Damit verbunden sind gegenwärtige Diskussionen über den Gehalt der Demokratie und den Rückgang bürgerschaftlicher Partizipation, etwa im Rahmen der Debatte um die Vergrößerung und zunehmende Staatswerdung der EU und/oder der Zunahme von Lobbyismus, parlamentarischer Dysfunktionalität und einer vielfach attestierten Krise der Repräsentation²³. Dazu gehört beispielsweise Colin Crouchs Theorie der *Postdemokratie*.

20 So schreibt Marc A. Wiegand: »Da ›Demokratie‹ heutzutage mit der Repräsentativverfassung gleichgesetzt wird, erscheint die Kritik der Spätaufklärung an der Demokratie heute befremdlich. Die gängige Reaktion hierauf besteht darin, dass die Demokratiekritik entweder übergangen wird oder aber die Theorie des Republikanismus als ›eigentlich‹ demokratisch qualifiziert wird. [...] Das kritische Potenzial, das der Begriff der Republik einst gegenüber der klassischen Staatsformenlehre und damit auch gegenüber der Demokratie hatte, gerät dabei in Vergessenheit.« (Zit. Wiegand, Marc A.: Demokratische Narrative und republikanische Ordnung, in: Stekeler-Weithofer, Pirmin/Zabel, Benno (Hg.): Philosophie der Republik, Tübingen 2018, S. 11–36, hier: S. 35.)

21 Vgl. Dahl, Robert A.: *Democracy and its Critics*, New Haven/London 1989, S. 18–26/217–220.

22 Vgl. Jörke: Die Größe der Demokratie, S. 10f.; vgl. auch Dingeldey, Philip: A fourth transformation of democracy? Liquid democracy, supra-national democracy, and the fate of participation, in: *Law, Democracy and Development*, (23/2019), S. 181–201, hier: S. 185; vgl. auch ders.: Rousseau on the Size of Republics: Between radical democracy and representation, in: *International Journal of Latest Research in Humanities and Social Science*, 2(5/2022), S. 97–109, hier: S. 97f./106f.

23 Dabei besteht kein Forschungskonsens, worin genau diese Krise liegt und wie sie bekämpft werden kann, ob es an der Auswahl und Kontrolle von Amtsinhaber*innen liegt oder an der Art der Entscheidungsfindung und Beratung. (Vgl. Malkopoulou, Anthoula: The Paradox of Democratic Selection: Is Sortition Better than Voting?, in: Palonen, Kari/Rosales, José María (Hg.): *Parliamentarism and Democratic Theory. Historical and Contemporary Perspectives*, Opladen/Berlin/Toronto 2015, S. 229–254, hier: S. 229f.)

Sie besagt, dass die »repräsentative Demokratie« durch den globalen Neoliberalismus de facto unterminiert wird. Und in Manins Theorie der *Publikumsdemokratie* wird das Volk zum passiven Zuschauer politischer Medienspektakel. Es gibt weitere Ansätze, die Aspekte kritisieren, wie eine inadäquate Repräsentation in Zeiten der Globalisierung, steigende soziale Ungleichheiten und informelle Exklusion verschiedenster Bevölkerungsgruppen durch nicht ausreichende Repräsentation.²⁴ Kaum eine dieser Krisendiagnosen geht jedoch so weit, die Repräsentation per se zu hinterfragen. Die vorliegende Studie unterscheidet sich davon, indem sie tiefer in ihrer Kritik ansetzt und sich von Jean-Jacques Rousseaus These leiten lässt, dass die Repräsentation die Abgabe von politischer Freiheit bedeute. Das macht es nötig, die Transformation des Demokratiekonzepts im späten 18. Jahrhundert zu untersuchen und einen Bedeutungsgehalt der Demokratie sowie Techniken zu ihrer Realisierung während politischer Transformationsprozesse auszuloten. Das ist auch relevant, weil es zeigt, dass der Mangel an Partizipation und politischer Gleichheit ein Grundproblem der modernen Repräsentation ist. Nicht nur die als demokratisch geltende Repräsentation wird durch die dritte Transformation teils unterminiert, sondern die Repräsentation selbst unterminiert einen anspruchsvollen demokratischen Charakter.

Es stellt sich daher für die vorliegende Arbeit die Frage, wie der doppelte Wandel des Begriffs *Demokratie* begriffs- und ideengeschichtlich in den politischen Debatten zustande kam und seine Transformation schließlich als legitim betrachtet wurde. Der doppelte Wandel während der Revolutionen im späten 18. Jahrhundert soll herausgearbeitet werden, um diese Forschungsfragen zu beantworten. Dazu sollen die Diskurse zur Demokratie in Frankreich, Amerika und dem Deutschen Reich bezüglich der Semantik, der Normativität und der Institutionalisierung der *Demokratie* oder demokratischen Republik analysiert werden. Dieser Analyse liegt ein starker antiker Demokratiebegriff als systematischer Maßstab zugrunde, der aus der klassischen Demokratie erarbeitet und als Gegenentwurf zur repräsentativen Demokratie verstanden wird.

1.2 Methodik

Die vorliegende Arbeit ist zweigeteilt: Sie besteht aus einem kleineren Part zum ursprünglichen Demokratiebegriff und der davon abstrahierten Demokratietheorie; zum anderen umfasst sie einen wesentlich größeren ideengeschichtlichen Teil zum doppelten Wandel des Demokratiebegriffs.

Der hinleitende Part wird die These der essenziellen Umstrittenheit politischer Konzepte wie der Demokratie kritisieren. Für Walter B. Gallie ist die Demokratie ein *essentially contested concept*, da der Terminus offen ist, diverse Bedeutungen hat, eine interne

24 Vgl. Crouch, Colin: Postdemokratie, übersetzt von Gramm, Nicolaus, Frankfurt a.M. 2008; Manin: Kritik der repräsentativen Demokratie, S. 297-349; Diehl, Paula: Demokratische Repräsentation in der Krise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 40-42(2016), S. 12-17; Young, Iris M.: Deferring Group Representation, in: Nomos, (39/1997), S. 349-376; vgl. auch Borchert, Jens: Das demokratische Versprechen, der demokratische Zweifel und die drei Dimensionen politischer Gleichheit, in: Buchstein, Hubertus (Hg.): Das Versprechen der Demokratie, Baden-Baden 2013, S. 229-248, hier: S. 229-235.